

Biden stoppt Terrordeal: Gefahr für die Opferfamilien?

US-Regierung stoppt Einigung mit 9/11-Anschlagsplaner. Verteidigungsministerium warnt vor irreparablen Schäden für die Öffentlichkeit.

Guantánamo Bay, Kuba - In einem dramatischen Schritt hat die Regierung von US-Präsident Joe Biden den Versuch unternommen, eine Einigung, die dem mutmaßlichen Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September 2001 die Todesstrafe ersparen sollte, zu stoppen. Laut Berichten von **Die Krone** war bereits im Sommer eine entsprechende Vereinbarung in Kraft getreten, bevor US-Verteidigungsminister Lloyd Austin eingriff, um sie zu unterbinden. Doch ein Militärgericht erklärte Austins Eingreifen für ungültig, was die rechtlichen Verhandlungen wieder in Gang brachte.

Der Hauptangeklagte, Khalid Sheikh Mohammed, der seit Jahren im US-Gefangenenlager Guantánamo Bay inhaftiert ist, gilt als der Hauptplaner hinter den verheerenden Anschlägen, bei denen fast 3.000 Menschen ums Leben kamen. Gemeinsam mit zwei Mitangeklagten beabsichtigt er, sich im Rahmen eines sogenannten "Plea Deals" schuldig zu bekennen, wobei die Details der Einigung bislang geheim geblieben sind. Während Verteidigungsminister Austin zunächst hinter der Vereinbarung stand, musste er sich nach öffentlicher Kritik zurückziehen, berichtet **Der Spiegel**.

Entlassungen aus Guantánamo

Details

Vorfall	Terrorismus
Ort	Guantánamo Bay, Kuba
Verletzte	3000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at